

blickpunkt

Nr. 267
März 1993

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

**EINE INITIATIVE VON WÄHLERINNEN UND
WÄHLERN RUFT AUF:**

DKP *Offene Liste*
muß ins Rathaus!

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in Mörfelden-Walldorf haben mittlerweile eine Wählerinitiative unterzeichnet, in der es heißt:

»In unserer Stadt hat es sich seit vielen Jahren gelohnt, eine Opposition links neben der SPD im Stadtparlament zu haben. Die kleine, aber aktive Fraktion der DKP hatte stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Bevölkerung, sie hat viele gute Vorschläge eingebracht. Sie ist in der Vergangenheit immer gegen Belastungen der Bürger, ob Gebührenerhöhungen oder »Kenneelsteuer«, eingetreten.

Die SPD und ihre Spitzen im Rathaus konnten nicht machen, was sie wollten - sie mußten mit den Aufpassern im Stadtparlament, aber auch im Magistrat rechnen. Die DKP-Fraktion war von Anfang an gegen die Einrichtung eines dritten Hauptamtlichen und setzt sich heute für die Abschaffung dieses teuren Postens ein.

Mit ihrer regelmäßig erscheinenden Stadtzeitung »blickpunkt« hat die DKP Mörfelden-Walldorf oft entscheidende Beiträge zur kommunalen Arbeit, zur Umwelt- und Sozialpolitik geleistet. Dies hat sich für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, für die Arbeiter und Angestellten und ihre Familien ausgezahlt. Den Parteien CDU und FDP, die sich in Bonn immer wieder neue Belastungen für die »kleinen Leute« einfallen lassen, sollte auch bei der Kommunalwahl ein Denkmäler verpaßt werden. Wir sind der Meinung, daß es gut wäre, wenn für die nächsten vier Jahre Kandidatinnen und Kandidaten der »DKP / Offene Liste« ins Stadtparlament von Mörfelden-Walldorf gewählt würden. Die »DKP / Offene Liste« muß ins Rathaus, damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht! Linke Opposition bleibt notwendig!«

Ein Problem bei dieser Wahl sind die Nichtwähler, hieß es kürzlich. Wenn dies so stimmt kann es auch uns treffen.

Deshalb eine dringende Bitte an alle unseren früheren Wählerinnen und Wähler:

Geht zur Wahl! In die künftige Stadtverordnetenversammlung muß wieder eine linke Opposition!

Kandidatinnen und Kandidaten der "DKP/Offene Liste" zur Kommunalwahl 1993.
Auf der Liste stehen 15, die ersten sechs werden hier vorgestellt:



Gerd Schulmeyer
Lagerarbeiter
Wolfsgartenstraße 2



Herbert J. Oswald
Spediteur, parteilos
Waldstraße 101



Helga Fritz
Betriebswirtin, parteilos
Friedensstraße 9



Rudolf Dötsch
Maschinensetzer
Schumannstraße 3



Rudi Hechler
Schriftsetzer
Hochstraße 22



Heinz Hechler
Techniker
van Dyck-Straße 48

Ich bin dafür!

»Ich bin dafür, daß ihr wieder reinkommt«, den Satz hören wir jetzt öfter. Nur, das ist diesmal halt nicht so einfach.

Reden wir offen darüber, in Mörfelden ist es für uns sicher leichter, die 5%-Hürde zu überspringen, aber in Walldorf, da kann's eng werden. Außerdem: der Zusammenbruch der Länder, die sich sozialistisch nannten, hat uns, aber auch viele andere Linke und

Sozialisten, getroffen. Weltweit steht es zur Zeit schlecht um die Sache des Sozialismus, aber die Sache ist deshalb nicht schlecht.

Der Kapitalismus hat fast weltweit über den Staatssozialismus gesiegt. Aber kein Problem auf der Welt wurde gelöst. Überall Kriege, Hunger, ökologische Katastrophen. Bei uns Sozialabbau, Neonazismus, Ausländerhaß, Demontage des Grundgesetzes. Viele Gründe, sich zu engagieren. Aber wo? Wir erleben zur Zeit, daß sich viele ins Private zurückziehen. Notwendig bleiben trotzdem Aktivität und Einsatz, damit wir morgen noch eine bewohnbare Welt vorfinden.

Dafür gibt es auch in unserer »kleinen Welt« in Mörfelden-Walldorf genug zu tun. Wir werden uns weiter entschieden gegen alle Flughafenerweiterungspläne einsetzen, wir wollen, daß der Verkehr nicht verkehrt läuft, wollen eine radfahrerfreundliche Stadt. Wir werden bei allen Entscheidungen darauf achten, daß die Interessen der »kleinen Leute« nicht zu kurz kommen - schließlich ist es nicht zu verantworten, daß die Mehrzahl immer mehr zahlt. Wir wollen vor allem aber das »Gläserne Rathaus«. Mit unserem »blickpunkt« werden wir weiter dazu beitragen, daß man draußen sieht, was drinnen vorgeht.

Ohne diesen Farbtupfer sehen wir schwarz

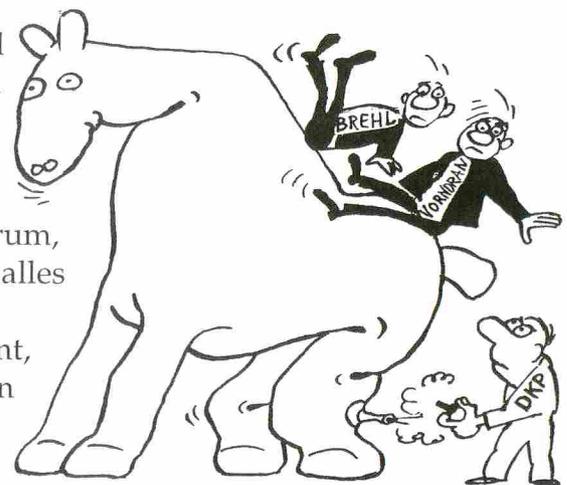
Wir machen keine Wahlversprechungen, wir wollen weiter linke Opposition sein. Andere Parteien, auch die Grünen, sagen das nicht. Schon gleich nach dem 7. März geht nämlich der Kampf um die »Pöstchen« los. Wir wollten zum Beispiel nie einen dritten Stadtrat, aber die anderen. Vielleicht gibt es bald einen neuen Grünen, oder einen Schwarzen? Der seitherige wird dann »teurer Frührentner«. Man wird sehen. Wir jedenfalls wollen als kontrollierende Opposition auch in der nächsten Legislaturperiode wieder auftreten. Unser »blickpunkt« gibt uns dabei Gewicht. Wenn wir die 5%-Klausel nicht schaffen, wird's allerdings sehr schwer, die Zeitung herauszubringen, sie wird nämlich von den Sitzungsgeldern der DKP-Parlamentarier bezahlt. Die kommunistische Partei ist in unserer Stadt seit den zwanziger Jahren eine durchaus akzeptierte, aktive Kraft. Unser Programm, unsere Leute, unsere politische Praxis sind bekannt. Wir hoffen, Sie wenden den Kopf einmal nach links und sagen: »DKP / Offene Liste? . . . finde ich gut, die wähle ich!« Ohne den kleinen roten Farbtupfer wäre dieses Stadtparlament wirklich auch zu langweilig. Kenner der Szene werden's bestätigen.

Alle Parteien machen jetzt Wahlwerbung. Wir auch. Egal wen Sie am 7. März wählen wollen, blättern Sie ruhig mal im farbigen Bilderbuch der hiesigen SPD. Vielleicht fällt Ihnen auch auf, was wir gemerkt haben. Alles, was so im Laufe der Jahre in unserer Stadt geschaffen wurde, also vom Evangelischen Kindergarten bis zum Altenhilfezentrum, von der Kläranlage bis zum Badensee, alles, also wirklich alles ist auf »SPD-Mist« gewachsen.

Jeder, der sich ein wenig in der Kommunalpolitik auskennt, weiß natürlich, diese Projekte wurden in der Regel von allen Parteien getragen, vor allem aber von uns allen, den Steuerzahlern, finanziert.

So gesehen sind die SPD-Sprüche zur Wahl '93 ziemlich blaß, halt wie die gesamte SPD. Sie sitzen nun mal auf einem hohen Roß, die Leute von der hiesigen Regierungspartei. Andererseits kann man in einer Wahlzeitung auch schlecht andere SPD-»Erfolge« aufzählen, z.B. Gebührenerhöhungen ohne Ende, »Kennelsteuer«, . . .

. . . und die Grünen? Hier braucht man z.Zt, nicht viel zu schreiben. Wenn es wieder zu einer Koalition kommt, werden sie sich erneut einbinden lassen, ihr Gesicht verlieren - und dann geht das Durcheinander wieder von vorne los. Wetten?



Auch morgen muß entschieden gegen Gebührenerhöhungen gekämpft werden

Die Bürgerinnen und Bürger von Mörfelden und Walldorf wissen, daß wir im Stadtparlament stets gegen Gebührenerhöhungen gekämpft haben. Auf unser Betreiben hin, waren die Gebühren sogar über viele Jahre hinweg »eingefroren«. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß es auch in unserer Stadt Leute gibt, die den Groschen zweimal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben. Leider hat man bei den anderen Parteien von dieser Einsicht nie etwas gemerkt. Außerdem: in der hiesigen »Regierungspartei«-Fraktion saßen immer viele Leute, für die Gebührenerhöhungen leicht zu verkraften waren. So hat man dann nur mit dem Kopf genickt, wenn die »Kennelsteuer« oder anderes anstand. In den nachfolgenden Beiträgen wollen wir auf einige schlimme Entwicklungen in unserem Land hinweisen. Vielleicht denkt der eine oder andere Vertreter aus den örtlichen Parteien einmal darüber nach.

Millionen leben in Armut

Im Januar trafen sich die Spitzenvertreter der freien Wohlfahrtsverbände auf einer "Nationalen Armutskonferenz". Die dort vorgelegten Fakten erschrecken:

Die Zahl der Menschen, die im Laufe eines Jahres den Gang zum Sozialamt antreten müssen, hat zwischen 1980 und 1990 um über 76 Prozent zugenommen. Rund vier Millionen Personen dürften es derzeit sein. Nehmen wir dazu die von Experten geschätzte "Dunkelziffer der Armut", so dürften in der BRD im Laufe des Jahres 1992 zwischen sechs und acht Millionen Menschen einen Anspruch auf Sozialhilfe haben.

Im Unterschied zu früher sind es überwiegend Menschen im erwerbs-

fähigen Alter, Menschen, die arbeiten können und wollen. Im Unterschied zu früher beziehen sie in drei Viertel aller Fälle die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, die Hilfe für den täglichen Mindestbedarf also, und nicht die Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Zahl derer, die im Laufe eines Jahres die Hilfe zum Lebensunterhalt bezieht, ist seit 1980 sogar um 120 Prozent angewachsen. Es sind mehr als 2,8 Millionen Menschen.

Etwa 1,5 Millionen privater Haushalte in der Bundesrepublik sind derzeit überschuldet. Sie können nach Abzug der Kosten für den notwendigen Lebensunterhalt ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen.

Etwa 150.000 obdachlose Frauen und Männer müssen auf der Straße leben, darunter immer mehr Jugendliche. 800.000 Menschen hausen in Notunterkünften. Dazu kommen etwa eine Million Menschen, denen der Wohnungsverlust droht.

Seit langer Zeit hatten wir Ende 1992 in Westdeutschland wieder mehr als zwei Millionen Arbeitslose. Hinzu kommen im Osten über eine Million Arbeitslose und 1,7 Millionen Menschen in befristeten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Wegen der nach wie vor ausstehenden Pflegeversicherung sind über eine halbe Million pflegebedürftige Menschen auf die Hilfe zur Pflege in der Sozialhilfe angewiesen.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Die Milliardäre

Die Zeitschrift "Forbes" hat die neue Liste der Milliardäre vorgelegt. Für die Liste der Millionäre müßte der "blickpunkt" auf einem größeren Format gedruckt werden. Die Milliardärsliste umfaßt knapp 100 Familien. Spitzenreiter die Familie Haniel mit einem angegebenen Vermögen von 10 380 Millionen DM.



Wo Bonn sparen könnte

Um das durch die Wirtschaftskrise und zusätzlich durch Kohls und Waigels Mißwirtschaft entstandene Finanzdilemma in Bonn zu beheben und Mittel für die "Aufbauhilfe Ost" bereitzustellen, bieten sich andere Quellen an, als die Taschen der "kleinen" Leute. Niemand bräuchte an Autobahnsteuer, Rentenkürzung und ähnliches zu denken, wenn an richtigen Stellen gespart würde.

So fordert die DKP die Kürzung der Rüstungsausgaben um 25 Prozent. Was allein beim "Eurofighter 2000", der Leichtversion des "Jäger 90", einzusparen ist, kann sich jeder ausrechnen: Für den Stückpreis von 90 Millionen Mark könnten 1000 Sozialwohnungen gebaut werden. Und die Luftwaffe will 140 Stück dieser Maschinen anschaffen.

Weitere Milliarden wären einzusparen durch:

- Endgültigen Verzicht auf das Aufklärungsflugzeug "Lapas",
- Verzicht auf das Vorhaben, die Ma-

rine mit der "Fregatte 124" auszustatten und einen neuen U-Boot-Typ in Dienst zu stellen,

- Verzicht auf die sündhaft teure Ausrüstung mobiler Eingreifverbände mit 255 modernisierten Leopard-Panzern,
- Verzicht auf die Indienststellung des Panzerabwehr-Hubschraubers Tiger PAH II sowie auf die Beschaffung weiterer Spezialhubschrauber,
- Verzicht auf die Einführung neuer gepanzerter Transport- und Spähfahrzeuge sowie neuer tropentauglicher Ausrüstungen für Bodenverbände.

Noch mehr Milliarden lassen sich beschaffen durch:

- Einziehung der Gewinne der Rüstungs- und Kriegslieferanten aus Golfkriegs- und entsprechenden Geschäften
- sofortige Rückforderung des von Bonn "überzahlten" Nachschusses zur Golfkriegsfinanzierung in Höhe von zwei Milliarden Dollar (3 Mrd. DM) von den USA
- energische Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuerbetrug der Großunternehmen sowie Eintreibung der bei ihnen aufgelaufenen Steuerrückstände
- Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 70 Prozent
- Sonderabgabe von fünf Prozent auf alle Millionärsvermögen, vor allem die der Bau- und Börsenspekulanten
- konsequentere Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, gerade auch im Zusammenhang mit dem Start in den EG-Binnenmarkt.

Die Bezüge von Abgeordneten, Ministern und Staatssekretären

Abgeordnete des Bundestages leben auch auf Staatskosten, d.h. von unseren Steuergeldern - allerdings nennt sich das nicht "Sozialhilfe" sondern "Diäten" und "Aufwandsentschädigungen". Über deren Höhe bestimmen sie selbst und ganz fix, ohne Jammern über leere Kassen, ohne Mahnung zum Gürtel-enger-schnallen.

Die Mitglieder des Bundestags kassieren monatlich 10366 DM an Diäten und noch einmal 5987 DM an (steuerfreien) Aufwandsentschädigungen, macht summa summarum 16353 DM jeden Monat neu. Hinzu kommen noch diverse andere Vergünstigungen und je nach dem noch Einkünfte aus anderer beruflicher Tätigkeit, Beraterverträge, Vermietungen, Dividenden, Aufsichtsratspöstchen... Wer es gar einmal bis zum Bundesminister oder Staatssekretär gebracht hat - und sei es auch nur für kurze Zeit - hat ausgesorgt. Sie stekken monatlich 22 000 bzw. 17 000 DM ein und haben nach nur zwei Jahren ihre Mindestaltersrente von 3250 bzw. 2500 DM monatlich (bei längerer Dienstzeit entsprechend mehr) sicher. Ausgeschiedene Bundesminister erhalten neben ihren Abgeordnetendiäten (s.o.) drei Monate lang ihr Ministergehalt weiter und weitere 33 Monate wird als "Übergangsgeld" die Hälfte ausgezahlt. Auf zum Solidar-pakt, meine Herren.

(Fortsetzung von Seite 4)

Die Bundesrepublik steht etwas mehr als zwei Jahre nach ihrer Vereinigung vor einer sozialen Zerreißprobe. Noch nie mußten mehr Menschen am Rande dieser nach wie vor sehr reichen Gesellschaft leben. Auf der anderen Seite sind die finanziellen Belastungen nach der Vereinigung immens. Die Bundesrepublik befindet sich damit vor einem Scheideweg, hieß es auf der Konferenz. Politiker und ihre Wähler werden zu bekennen haben, wie ernst es ihnen angesichts dieser Herausforderungen mit dem Sozialstaatspostulat der Bundesrepublik ist. Die jetzt zu treffenden sozialpolitischen Entscheidungen kommen einer Weichenstellung für das neue vereinte Deutschland gleich: ob das Deutschland der Zukunft nämlich weiterhin der Sozialstaat der alten Bundesrepublik sein wird, oder ob sich das vereinte Deutschland zu einem Staat wandelt, der mittels kalter Ausgrenzung seiner sozial Schwachen die Probleme bewältigt.

In der »großen« und der »kleinen« Politik muß man sich wehren. Damit die Mehrzahl nicht immer mehr zahlt . . .

DKP

Offene
Liste

8

Stichpunkte

aus dem Programm der »DKP / Offene Liste« Mörfelden-Walldorf zur Kommunalwahl '93

Finanzen

Die Finanzen bleiben Schlüsselproblem der Kommunen. Wir werden weiter dafür eintreten, daß eingesehen wird, daß die "große" und "kleine" Politik zusammengehören. Von den Kommunalparlamenten muß ständig Druck ausgehen, damit das Steueraufkommen zugunsten der Kommunen besser verteilt wird, zumal die Aufgaben der Kommunen zunehmen. Darüber hinaus ist Sparen auch in unserer Stadt möglich - etwa durch Streichen der Stelle des 3. Stadtrates, Kündigung der CDU-Fraktionsräume und durch Verzicht auf großprotzige Investitionen wie etwa beim Walldorfer Rathaus . . .

Industrieansiedlung

Gewerbe bringt vordergründig Geld in die Stadtkasse. Viel davon geht schnell wieder verloren durch die Kürzung von Zuweisungen. Die notwendigerweise wachsenden Investitionen z. B. im Straßenbau, in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Regenrückhaltung etc. trägt die Allgemeinheit. Dazu kommen größere Verkehrsbelastung, der Siedlungsdruck, Flächenversiegelung, die Luftverschmutzung . . .

Die ständige Ausdehnung von Siedlungs- und Gewerbeflächen können kaum mit den Umwelt- und Bürgerinteressen in Einklang gebracht werden. Die Lebensqualität für die nach uns kommenden wird hier immer noch zu wenig beachtet.

Verkehr

Der Durchgangsverkehr muß schnellstmöglich raus aus der Stadt! Schon jetzt müßte der immer noch stattfindende, durchfahrende Schwerverkehr entschiedener geahndet werden. Es muß überlegt werden ob es jetzt

Damit die Mehrzahl
nicht immer mehr
zahlt

DKP *Offene
Liste*

schon Möglichkeiten zur Tempo-Reduzierung und Verkehrseindämmung in der durchgehenden B 486 gibt. Wir halten Maßnahmen des zivilen Ungehorsams der drangsaliierten Anwohner für legitim und würden sie unterstützen. Die Einführung von Tempo 30 im ganzen Stadtgebiet muß beschleunigt werden. Dazu gehören Rückbau der Straßen, Begrünung, vor allem aber Fahrradwege. Die Anwohner und die Hilfsdienste sind in die Planungen einzubeziehen.

Rathaus Walldorf

Wir wollen einen Ausbau, soweit damit Arbeitsplätze und Bürgerservice besser werden. Wärmedämmung und Dachausbau gehören dazu. Auf die Räume für die Fraktionen und den Sitzungssaal soll verzichtet werden. Ja für bessere Arbeitsbedingungen und besseren Bürgerservice - nein zu einem "Palazzo Protzo"!

Kindereinrichtungen

Schon vor der Begleitgesetzgebung zum § 218 war die Ausstattung unserer Stadt mit Kinderkrippen, -gärten und -horten nicht aus-

Damit die Grünen nicht noch mehr Durcheinander machen **DKP** *Offene Liste*

reichend. Der Bund hat die genannten Gesetze beschlossen - was zu begrüßen ist - er sollte auch die finanziellen Folgen tragen. Insgesamt muß in diesem Bereich künftig mehr investiert werden. Der Kinderhort in der Langstraße sollte auch nach einem Ausbau in der Okrifteler Straße erhalten werden.

● Wohnen

Die Verknappung von Wohnraum hat viele Ursachen, liegt aber auch am Siedlungsdruck durch massive Industrie- und Gewerbeansiedlung. Darüber hinaus steht in der Region Wohnraum leer, wird umgewidmet in Gewerbeflächen, viele Grundstücke sind unzureichend ausgenutzt. Jedem Arbeitgeber steht

es frei, sich im Wohnungsbau zu engagieren, die Möglichkeiten sind vielfältig. Da in unserer Gemarkung kaum mehr Bauland zur Verfügung steht, sollten alle Möglichkeiten der Baulückenbebauung, des Dachgeschoßausbaus etc. unterstützt werden.

● Flughafen

Der Flughafen bleibt für uns kommunalpolitisches Thema. Wir werden weiter entschieden gegen Ausbaumaßnahmen kämpfen.

● Lebensqualität

Wir wollen den Wohnwert, die Lebensqualität in unserer Stadt erhalten und verbessern. Dazu gehören die Verminderung der Belastungen aus Gewerbe und Industrie, die Verminderung der Auswirkungen des Flugverkehrs, die Erhaltung des Waldes, die Durchgrünung des Stadtgebietes, Rad- und Wanderwege, Freizeit- und Sportflächen. Wir legen großen Wert auf das gute Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Nationen in Vereinen und in der Nachbarschaft.

Linke Opposition bleibt notwendig!

Jeden Tag Gewalttaten von rechts. Flüchtlingsheime brennen. Die Neonazis, aber auch die CDU, reden von Scheinasylanten, hetzen die Leute auf. Man braucht sich nur den unsäglichen Prospekt der hiesigen CDU zu betrachten.

Die SPD reagiert halbherzig, sie will sich in Bonn sogar an der Verstümmelung des Asylrechts beteiligen. Die Zerstörung des Asylrechts wird die Ungleichheiten in der Welt nicht abtragen, sondern vermehren und Gewalt nach außen und innen fördern. Viele Menschen, vor allem auch Jugendliche, wurden aktiv gegen Haß und Ausländerfeindlichkeit. Man findet sie bei Lichterketten und anderen Aktionen. Manche Politiker benutzen diese Demonstrationen für sich als Alibi. Heute stehen sie mit der Kerze in der Hand am Straßenrand, morgen wollen sie das Grundrecht auf Asyl abschaffen. Wir sind für Lichterketten, aber gegen Heuchler mit der Kerze.

Politik gegen rechts muß auch im Stadtparlament gemacht werden. Wir werden im »blickpunkt« und in der Stadtverordnetenversammlung weiter aktiv gegen die Rechtspolitik der CDU und Ausländerfeindlichkeit antreten.



Stadtgeschichten



In der Mitte des vorigen Jahrhunderts gab es auch in Mörfelden eine große Veränderung der Berufe. Der Güterverkehr wurde stärker, Eisenbahnen verdrängten die Fuhrwerke. Fuhrleute, Wagner und Schmiede wurden Maurer und Zimmerleute. Die Lebensbedingungen der Bauarbeiter waren jedoch noch lange sehr schlecht. Die Arbeitszeit betrug 12 Stunden, es gab keinen freien Samstag, keinen Urlaub und keine Unterkunftsräume. Im Winter wurden sie ohne Unterstützung nach Hause geschickt. Während dieser Zeit lebten viele Familien auf "Pump".



Aber der Widerstand gegen diese unmenschlichen Verhältnisse wuchs. Die Arbeitskämpfe wurden härter, und die Arbeiterorganisationen stärker. Auch in Mörfelden schlossen sich die Bauarbeiter im Jahre 1897 der Gewerkschaft an und gründeten eine Zahlstelle.

Unser heutiges Foto erhielten wir von Michael Denk, dem langjährigen Oberpolier auf Großbaustellen, der über 25 Jahre Vorsitzender der örtlichen Bauarbeiter war. Das Foto stammt aus dem Jahre 1927 und zeigt von links den Steinmetz Klein aus Walldorf, sowie Fritz Scheiber, Heinrich Jordan (Küfer Heiner), beide aus Mörfelden, und Jakob Wannemacher aus Erzhausen. Auf dem Schubkarren sitzt, damals noch Lehrjunge, Michael Denk. Die Baustelle befand sich in Frankfurt an einer Eisenbahnbrückenerweiterung in der Mörfelder Landstraße. Michael Denk erinnerte sich noch, daß er als Lehrjunge morgens noch einen Zug früher als die anderen fahren mußte, um die Baubude anzuheizen. Es wurde vom Hauptbahnhof bis zur Baustelle gelaufen und anschließend noch der 12-Stunden-Tag. Er schrieb auf das Foto die Worte " Viel Arbeit und wenig Lohn".

Warum es vernünftig ist »DKP / Offene Liste« zu wählen

**Herzliche Einladung an alle Bürgerinnen und Bürger in Mörfelden-Walldorf.
Diskutieren Sie mit uns, streiten Sie mit uns, streiten Sie für uns!**

Wahlversammlung der »DKP / Offene Liste«

Donnerstag, 4. März, 20 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden, Clubraum